

**Kontakt**  
**Geschäftsstelle**

**Fon** 0211 49 76 66-0  
**E-Mail** info@ljr-nrw.de

**Datum**  
Düsseldorf, 25.07.2022

## Offener Brief: Gemeinsam gegen Rassismus

Sehr geehrter Herr Innenminister Herbert Reul,  
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Thomas Kufen,

**Vor dem Hintergrund rechtsextremer Ereignisse und damit verbundenen Polizeiversagens wenden wir uns als Landesjugendring NRW mit diesem offenen Brief an Sie als Innenminister des Landes NRW bzw. an Sie als Oberbürgermeister der Stadt Essen. Wir fordern sichere Räume für die Kinder- und Jugendarbeit und ein konsequentes Vorgehen gegen Rechtsextremismus.**

Im Juni 2022 tagte eine Seminargruppe eines Mitgliedsverbands des Landesjugendrings NRW mit 20 jungen Menschen, darunter zehn Menschen mit Rassismuserfahrungen, in Essen-Steele im Tagungshaus GREND. Bei der Hausführung wurde die Gruppe darauf hingewiesen, dass die gegenüberliegende „Sportsbar 300“ ein Treffpunkt von „Rechtsextremen, Hooligans und Nazis“ sei.

Der Ablauf des Seminars wurde massiv durch die Kneipe und deren rechtsextreme Besucher\_innen gestört. Die Teilnehmenden hielten sich das ganze Wochenende überwiegend im GREND auf, insbesondere abends wurde die Unterkunft nicht mehr verlassen aus der Sorge heraus, den Besucher\_innen der gegenüberliegenden Bar 300 zu begegnen.

Am späten Samstagabend des Seminarwochenendes war in und vor der Kneipe reger Betrieb. Geschätzte 50 Personen versammelten sich vor der Bar und riefen lautstark Sprüche wie „Hitler und SS zurück!“, „Ausländer raus!“, „Jetzt töten!“. Vier Teilnehmende, davon drei von Rassismus betroffene Personen, haben dies aus dem Aufenthaltsraum heraus beobachtet und zu filmen versucht. Als sie von den Kneipenbesucher\_innen wahrgenommen wurden, wurden sie massiv beschimpft und mit Drohgebärden wie einer hoch gehaltenen Messerklinge von der Straße aus bedroht.



Über den Notruf riefen die Teilnehmenden die Polizei an, welche mehrere Streifenwagen ankündigte, die aber über Stunden nicht erschienen. Das Warten auf Hilfe, während die Rechtsextremen weiter die Straße bevölkerten und menschenverachtende und bedrohende Parolen skandierten, löste bei den Betroffenen extreme Gefühle von Angst, Ohnmacht und Verzweiflung aus. Laut Aussage der Polizei war ein Streifenwagen gut zwei Stunden nach dem Notruf gegen 4:00 Uhr vor Ort. Die Teilnehmenden, die während der gesamten Zeit wach geblieben sind, haben diesen Streifenwagen nicht gesehen und keinerlei Aktion von Seiten der Polizei erlebt.

Am Folgetag war die Seminargruppe ausschließlich damit beschäftigt, die Vorfälle der Nacht aufzufangen. Das Seminar musste frühzeitig abgebrochen werden, die Fortführung der mehrteiligen Seminarreihe steht auf der Kippe. Auch Wochen nach den Geschehnissen ist eine intensive Nachbearbeitung erforderlich, insbesondere eine enge Begleitung der betroffenen Jugendlichen.

In einem Beschluss des Hauptausschusses des Landesjugendrings NRW haben sich alle Jugendverbände mit dem betroffenen Mitgliedsverband solidarisch erklärt. Wir fragen uns, wie es sein kann, dass die Sportsbar 300 als Treffpunkt der vom Verfassungsschutz beobachteten „Steeler Jungs“ nach all den Jahren und Vorfällen dort noch immer existiert. Die Bemühungen um eine rassismuskritische Bildungsarbeit und das Schaffen von sicheren Räumen wird durch die Existenz solcher Orte zunichte gemacht. Zudem fragen wir uns, wie es sein kann, dass es über zwei Stunden dauerte bis die Polizei auf den Notruf reagierte.

### **Wir fordern vom Innenministerium**

- lückenlos aufzuklären, warum die Polizei erst mehr als zwei Stunden nach Absetzen des Notrufes gekommen ist.
- dafür Sorge zu tragen, dass die Polizei bei derlei Gefahrenlage stets umgehend reagiert – in Essen und überall!
- in der Polizei Essen offensichtlich vorhandene Missstände umgehend abzustellen.
- mit Angeboten politischer Bildung und Prävention jeglichen rechtspopulistischen Tendenzen entgegenzuwirken.

### **Wir fordern von der Stadt Essen**

- sichere Räume in der Kinder- und Jugendarbeit zu schaffen. Dies kann nur gelingen, indem konsequent gegen rechtsextreme Strukturen in Essen vorgegangen wird.
- alles in ihrer Macht stehende zu tun, Räume, von denen rassistische Gewalt ausgeht, wie die Sportsbar 300, zu verbieten.
- Initiativen, die sich für eine vielfältige Gesellschaft einsetzen, uneingeschränkt zu unterstützen.



Wir bitten Sie, Herr Innenminister Reul und Sie, Herr Oberbürgermeister Kufen, auf diesen offenen Brief zu reagieren.

Mit freundlichen Grüßen

Max Holzer

Maja Tölke

Vorsitzender

Vorsitzende